



AUSTRIAN INSTITUTE FOR
EUROPEAN AND SECURITY POLICY

Nr. 2024/6

Der Nahe Osten inmitten des Gazakriegs

Regionale Spannungen und die Eruption der
palästinensischen Frage

von Wolfgang Mühlberger
Juni 2024

AIES FOCUS

Der Nahe Osten inmitten des Gazakriegs: Regionale Spannungen und die Eruption der palästinensischen Frage

Abstract

Der Angriff am 7. Oktober auf Israel und die folgende militärische Reaktion im Gazastreifen führten zu großer Verunsicherung in Israel und belebten die Diskussion über die ungelöste palästinensische Frage. Der Konflikt unterbrach den regionalen Friedenstrend und zeigte die Ineffizienz der Gaza-Abschottung und der Abraham-Abkommen ohne palästinensische Lösung. Die Spannungen im Libanon und mit Iran haben zugenommen, und der Konflikt hat die geopolitischen Trennlinien im Nahen Osten sowie die menschlichen und materiellen Kosten ungelöster Konflikte verdeutlicht. Regionale Akteure stehen vor der Herausforderung ihre Interessen, vor allem im Hinblick auf eine Normalisierung mit Israel und eine Begegnung der iranischen Herausforderung, in diesem veränderten Umfeld zu verfolgen. Die Notwendigkeit diplomatischer Lösungen ist klarer denn je.

Einleitung

Der pogromartige Überfall der Izzed-Din Qassam-Brigaden und verbündeter militanter Gruppierungen am 7. Oktober auf israelisches Territorium, sowie die darauffolgende militärische Operation Tsahals im Gazastreifen haben vor allem drei Dinge bewirkt. Eine Retraumatisierung und tiefe Verunsicherung der Israelis in Anbetracht des Ausmaßes des bewaffneten Angriffs¹ sowie die politische Wiederbelebung der

seit Jahrzehnten ungelösten palästinensischen Frage². Zudem wurde aber auch der regionale Trend zur friedlichen Beilegung von Konflikten, der sich seit einigen Jahren anhand mehrerer Entwicklungen festmachen ließ, bis auf weiteres außer Kraft gesetzt.

Darüber hinaus führte die militärische Operation der Hamas zu der Erkenntnis, dass weder die hermetische Abschottung des Gazastreifens seit der gewaltsamen Machtübernahme durch die Hamas im Jahr 2007 zu Israels Sicherheit beiträgt, noch dass die diplomatische Annäherung ausgewählter arabischer Staaten unter gänzlicher Ausblendung der palästinensischen Frage, wie in den sogenannten ‚Abraham Accords‘ erfolgt, eine gangbare Lösung zur Herstellung eines anhaltenden regionalen Friedens darstellen. Insbesondere Saudi-Arabien steht daher vor der Frage, unter welchen Prämissen sich das Verhältnis zu Israel entwickeln wird und wie es die derzeit offiziell auf Eis gelegten Verhandlungen zum Abkommen nutzen könnte, um die Palästinenser auf dem Weg zur Staatlichkeit zu unterstützen und dadurch zur langfristigen, gegenseitigen Sicherheit beider Konfliktparteien sowie zur regionalen Stabilität beizutragen.

Kurzfristig hat der bewaffnete Angriff auf Israel jedenfalls – anstatt politische Prozesse zur Konfliktlösung zu initiieren – primär zu einer militärischen Eskalation geführt, obwohl die Verhandlungen zur Freilassung der israelischen Geiseln und zum Waffenstillstand im Gazastreifen theoretisch auch einen Startpunkt für vertrauensbildende Maßnahmen in Hinblick auf zukünftig notwendige Friedensverhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) bilden könnten. Diese – seitens der Hamas wohl intendierte oder zumindest in Kauf genommene – Eskalation lässt sich mittlerweile an drei regionalen Brennpunkten festmachen, die allesamt enormes Steigerungspotential bergen. Erstens am Gazastreifen, der aufgrund der israelischen Strategie des „moving the lawn“ großteils unbewohnbar geworden ist und aufgrund großräumiger Vertreibungen akut durch eine humanitäre Katastrophe bedroht ist.³ Zweites an den Spannungen in der Grenzregion zwischen Israel und dem Libanon, wo sich die mit Iran verbündete Hezbollah seit Monaten einen Schlagabtausch auf – noch – niedriger Eskalationsstufe liefert.⁴ Drittes am angespannten Verhältnis zwischen Israel und Iran, das sich militärisch zwar primär an der neuen „Rotmeerfront“ durch die Angriffe der Houthis auf den internationalen Seeverkehr entlädt, im April aber sogar zu einem direkten bewaffneten Angriff Irans auf israelisches Territorium geführt hat.⁵

Konfliktmanagement versus Konfliktlösung: die Kosten einer Quasi-Ordnung

Somit haben die Ereignisse und kriegerischen Handlungen nicht nur die die geopolitischen Trennlinien des Nahen Ostens erneut ins Rampenlicht gerückt, sondern auch die fürchterlichen menschlichen und materiellen Kosten aufgezeigt, die durch ungelöste Konflikte verursacht werden. In dieser angespannten Lage haben einige Akteure außerhalb des unmittelbaren israelisch-palästinensischen Feldes ebenfalls an Visibilität gewonnen. Einerseits ist Iran als einer der ernstzunehmendsten bewaffneten Opponenten Israels in Erscheinung getreten, auch mittels seines Stellvertreters Hezbollah im Libanon. Andererseits konnten das Golfemirat Qatar und Ägypten ihre Profile als Vermittler im Zusammenhang mit den Geisel- und Waffenstillstandsverhandlungen unter Beweis stellen.⁶

Die weitere Entwicklung der regionalen Lage, auch nach bereits über 200 Tagen israelischer Kriegsführung im Gazastreifen, hängt nun von einer Reihe von Faktoren ab. Erstens von der Bestimmung des Zeitpunktes seitens Israels, zu dem die erklärten Kriegsziele erreicht sein sollen, sowie der weitere Weg dorthin. Zweitens von der weiteren Haltung involvierter regionaler Akteure auf das sich entfaltende Kriegsgeschehen, und drittens, davon, wieviel Einfluss die Schutzmacht Israels, die Vereinigten Staaten, bereit sein werden, in einem Wahljahr auf die Entwicklung des Krieges sowie

auf die Frage der politischen Lösung des Dauerkonfliktes zwischen Israel und den Palästinensern zu nehmen. Denn wie sich in den letzten Monaten vermehrt gezeigt hat, muss der Präsidentschaftskandidat und amtierende Präsident Joe Biden durchwegs auch auf demographische Verschiebungen unter den Wählern sowie zunehmend auf israel-kritische Meinungen in bestimmten Wählerschichten Rücksicht nehmen, um seine Chancen auf eine Wiederwahl zu bewahren.⁷

Vom Reset zur regionalen Eskalation?

Vor dem Überfall am 7. Oktober, der sich durchweg als Zäsur ausgewirkt hat, waren in der Region des Nahen und Mittleren Ostens vor allem zwei markante, wenngleich durchaus konträre Tendenzen zu beobachten. Einerseits das Neumischen der Karten im regionalen Spiel um Macht, das unter der Bezeichnung ‚Reset‘ Einzug in die Debatte gehalten hat.⁸ Andererseits eine anhaltende innenpolitische Krise in Israel, sowie der seit Jahren eingefrorene Verhandlungsprozess mit der zunehmend dysfunktionalen palästinensischen Selbstverwaltungsbehörde. Um die weitere regionale Entwicklung, potenzielle militärische Eskalations- und Sicherheitsrisiken sowie die Möglichkeit zu diplomatischer Entspannung besser einordnen zu können, ist es hilfreich, einen Blick zurück auf die Situation im Nahen Osten vor dem 7. Oktober 2023 zu werfen.

Israelische Besatzungspolitik und die normative Kraft des Faktischen

Über das Jahr 2023 hinweg war Israel mit einer schweren innenpolitischen Krise konfrontiert, die dazu führte, dass Hunderttausende aus Protest gegen die geplante Aushöhlung der Justiz durch die rechtsextreme Regierungskoalition Netanjahus regelmäßig auf die Straße gingen. Die Massendemonstrationen richteten sich dabei vor allem gegen geplante Gesetzesänderungen, welche darauf abzielten, dem Parlament gegenüber der Justiz mehr Entscheidungsgewalt einzuräumen und somit die etablierte Gewaltentrennung aufzuweichen. Auf palästinensischer Seite hingegen hatte sich die geografische Teilung zwischen dem Gazastreifen unter der Knute der radikalislamistischen Hamas, sowie der maroden, legitimitätslosen Palästinensischen Autonomiebehörde unter der Führung von Abu Mazen (Mahmud Abbas) im Westjordanland seit 2007 zementiert, was zu einem innenpolitischen Stillstand geführt hat.⁹ Auch büßte die PA aufgrund ihrer internen Anfeindung als Handlanger des israelischen Staates – bedingt durch die Sicherheitskooperation in der Westbank – sukzessive an Autorität ein.

Aus israelischer Perspektive wiederum ermöglichte die anhaltende innerpalästinensische Spaltung im Sinne eines nützlichen *divide et impera* das erwünschte Einfrieren jeglicher Verhandlungen zur Realisierung der Zwei-Staatenlösung. Auch

findet die systematische Besiedlung der Westbank mit jüdischen Siedlern nicht nur unter kompletter Ausblendung des Völkerrechts statt, sondern hat auf Grund ihrer Dynamik auch in Forscherkreisen immer öfter zur Hinterfragung der Zweistaatenlösung geführt.¹⁰ Zudem äußerten sich die rechtsnationalistische Koalition von Premierminister Netanjahu sowie diplomatische Vertreter des Staates Israel auch aus ideologischer Perspektive wiederholt rundum ablehnend gegenüber dieser Idee.¹¹

Regionale Entspannung zwischen Erzfeinden

Auf der regionalen Ebene hatte sich im Gegensatz zu diesen innerisraelischen Spannungen, der Verstärkung der innerpalästinensischen Spaltung und dem Verhandlungsstillstand zwischen Israel und den Palästinensern, in den letzten zwei Jahren jedoch eine ungewohnte Tendenz zur Diplomatie und Entspannung etabliert, die scheinbar eine Abkehr von den gewohnten Nullsummenspielen darstellte. Dabei standen folgende Ereignisse im Mittelpunkt: Im Oktober 2022 konnte unter Ägide der USA – der damalige Verhandlungsführer Amos Hochstein verhandelte bis vor Kurzem auch über die territoriale Landesgrenze – nach jahrelangen Verhandlungen eine Demarkierung der Seegrenze zwischen Israel und dem Libanon erfolgreich abgeschlossen werden, wobei sich die Hezbollah dem Prozess gegenüber konstruktiv verhielt, ohne freilich Unter-

zeichner des bilateralen Abkommens zu sein. Dadurch wurde nicht nur ein Schlüssel zur Aufteilung der hypothetischen Einkünfte eines durch die neue Grenze geteilten Erdgasvorkommens gefunden, sondern auch der Weg zur eigenständigen Exploration und Förderung von Erdgasreserven in libanesischen Hoheitsgewässern geebnet.¹²

Im März 2023 wiederum unterzeichneten die regionalen Größen Iran und Saudi-Arabien eine Entente zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen – bemerkenswerterweise unter Vermittlung Chinas, das dadurch einen ersten, wenngleich gewagten Schritt auf die angespannte politische Bühne des Persischen Golfs wagte. Dennoch ging dieser Prozess der Annäherung nur zaghaft voran, und hatte bis zum 7. Oktober nur wenig konkrete Auswirkungen vorzuzeigen.

Nicht wenige Beobachter sahen in dieser chinesischen Vermittlung ein Gegenprojekt zu den seit 2020 unter Trump vermittelten Abraham Accords, die bislang von vier arabischen Staaten unterzeichnet worden sind.¹³ Zuletzt stand dabei die Frage im Raum, unter welchen Voraussetzungen sich die Beziehungen zwischen Saudi Arabien und Israel entwickeln könnten, und ob der Abschluss eines ähnlich gelagerten Normalisierungsabkommens unter vollständiger Ausklammerung der palästinensischen Frage nach wie vor eine realistische Option für Riyad darstellt.

Auch hatte Präsident Biden seit April 2021 erneut Versuche unternommen, das unter seinem demokratischen Vorgänger Obama 2015 abgeschlossene und von Präsident Trump 2018 aufgekündigte JCPOA-Abkommen, auf dem Verhandlungsweg zu beleben.¹⁴ Jedoch waren diese Versuche nicht von Erfolg gekrönt, wodurch die Frage der unkontrollierten nuklearen Proliferation erneut an strategischer Bedeutung für die Sicherheit und Stabilität der Region gewonnen hat. Dadurch fällt in Ermangelung eines politischen Prozesses der IAEO eine zentrale Rolle zur Überwachung iranischer Anreicherungsaktivitäten zu. Außerdem ist die Frage erneut in den Vordergrund gerückt, wie die USA den saudischen Forderungen nach Beherrschung des kompletten Nuklearzyklus gegenüberstehen werden und ob die informellen Schritte gegenüber Iran, wie die teilweise Aufhebung eingefrorener iranischer Guthaben unter Präsident Joe Biden, als vertrauensbildende Maßnahme für eine mögliche Verhandlung taugen.

Innerhalb des Nahen Ostens hatte auch die Rückkehr Syriens unter dem Assad-Regime, dem im Großen und Ganzen die Niederschlagung des landesweiten Aufstandes gelungen ist, in die Arabische Liga im Mai 2023 für Aufmerksamkeit gesorgt. Und nachdem die Unterzeichnung der Abraham Accords ursprünglich zu Spannungen zwischen Ankara und Abu Dhabi geführt hatte, entschied sich die Türkei 2022 mit einem Besuch Erdogans in den Emiraten die Beziehungen zu kitten.

Auftritt des Störenfrieds: Die Tragödie des 7. Oktobers

Bis weit ins Jahr 2023 konnten also starke regionale Entspannungssignale wahrgenommen werden, die jedoch dort, wo es diesbezüglichen Verhandlungsspielraum gegeben hätte, auf Kosten der politischen Ansprüche der Palästinenser erfolgten, die immer weniger einer positiven Zukunftsperspektive entgegenblicken konnten.¹⁵ Doch wenngleich die Abraham Accords und die saudisch-iranische Annäherung nicht unbedingt einer komplementären Logik folgten, so hat sich in der von Spannungen und Kriegen geprägten Region eine ungewohnt konziliante Vorgehensweise etabliert, deren Zukunft seit dem 7. Oktober wieder ungewiss erscheint, wodurch auch die mannigfachen Verflechtungen von Interessen und die potentiellen Verwerfungen innerhalb der Region erneut in den Vordergrund gerückt sind.¹⁶

Vor dem Hintergrund dieser regionalen Signale auf Entspannung, wohlgermerkt unter systematischer Ausklammerung des Disputs zwischen dem Staat Israel auf der einen Seite und den nach wie vor unter einer protostaatlichen Autonomiebehörde und der Gefahr durch expandierende, gewaltbereite jüdische Siedler lebenden Palästinenser andererseits¹⁷, schlugen die Ereignisse des 7. Oktobers wie eine Bombe ein. In einer von langer Hand geplanten militärischen Aktion gelang es dem bewaffneten Arm der Hamas in Kooperation mit dem Islamischen

Dschihad und anderen militanten islamistischen Fraktionen, die israelische Absperrung um den Gazastreifen zu durchbrechen und in einer pogromartigen Attacke über 1100 Israelis, davon beinahe 400 Soldaten, zu töten und bei ihrem Rückzug nach Gaza 240 zu entführen. Bei dem Angriff wurden Schwachpunkte in der Absperrung gezielt ausgenutzt und durch die zahlenmäßige Überwältigung des Systems durch mehrere hundert Angreifer gleichzeitig (Operation Al-Aqsa Flut) außer Kraft gesetzt.¹⁸

Israel ... wurde ... in seiner Sicherheitswahrnehmung massiv erschüttert

Israel, das seit Jahren auf militärische Abschreckung setzt, anstatt an einer politischen Lösung der palästinensischen Frage zu arbeiten, wurde durch diesen in seinem Ausmaß und seiner Durchführung vollkommen unerwarteten Angriff in seiner Sicherheitswahrnehmung massiv erschüttert. Die Folge ist ein anhaltender Feldzug im Gazastreifen (Operation Eiserne Schwerter), der jedoch primär auf Kosten der Infrastruktur und ziviler Menschenleben – inklusive jener von Journalisten und humanitärer Akteure – geführt wird, ohne nach weit über 200 Tagen dem deklarierten Ziel der „Niederlage der Hamas“ greifbar nahe gerückt zu sein. Zudem bleibt das Los der verbleibenden knapp 100 israelischen Geiseln nach wie vor unsicher, da die Forde-

rungen der Hamas (Waffenstillstand, Freilassung palästinensischer Gefangener aus israelischen Gefängnissen) sich mit den israelischen Vorstellungen nicht ein Einklang bringen lassen.¹⁹

Für den Staat Israel steht aber in Anbetracht des militärisch durchgeführten Angriffs vom 7. Oktober die Frage nach Reetablierung der Abschreckung zentral im Raum.²⁰ Auch kann auf Dauer die Evakuierung der Gebiete rund um den Gazastreifen und im Norden des Landes entlang der libanesischen Grenze nicht hingenommen werden, schon allein aufgrund der enormen wirtschaftlichen Kosten, die damit einhergehen. Jedenfalls bergen die Kapazitäten nicht-staatlicher Akteure, zumal sie dem radikalislamischen Umfeld entspringen, eine besondere Herausforderung für konventionelle Streitkräfte. In dem Konflikt mit der Hezbollah im Libanon ist die militante Gruppe aus Konfrontationen mit Israel bislang immer gestärkt herausgegangen.²¹ Auch die Anwendung der sogenannten Dahiye-Strategie änderte daran nichts.²²

Die Tragödie vom Oktober markiert gewiss einen Wendepunkt, sowohl im Verhältnis zwischen den Streitparteien Hamas und Israel als auch in der weiteren regionalen Entwicklung. Nicht nur versucht Israel nach wie vor, den bewaffneten Arm der Hamas in Gaza in die Knie zu zwingen. Auch der regionale Trend zum „Reset“ wurde durch die Ereignisse zutiefst erschüttert und

könnte – bis auf Weiteres – erheblichen Spannungen und militärische Konfrontationen Platz machen.

Eskalationsgefahr und zunehmende Ungewissheiten

Doch neben diesen beiden grundsätzlichen Verschiebungen hat sich vor allem die Wiederbelebung der palästinensischen Frage in den Vordergrund geschoben. Dies lässt sich zwar weniger an der Aufnahme von Verhandlungen zur Lösung der Zweistaatenfrage ablesen²³, dafür aber insbesondere an der saudischen Zwickmühle bezüglich der Abraham Accord-Verhandlungen beobachten. Wenn gleich die vier vormaligen Unterzeichner noch problemlos den alten arabischen Konsens (keine politische Annäherung an Israel ohne tragfähige Lösung der palästinensischen Frage) brechen konnten, zeichnet sich für Riyadh eine komplexere Landschaft ab, die eine lineare Fortführung der bisherigen Verhandlungs- und sogar der Vertragslogik über Bord wirft.²⁴ Mit anderen Worten ist daher auch die Ausformung des saudisch-israelischen Verhältnisses einer neuen Dynamik unterworfen. Bemerkenswerterweise hat zwar kein einziger arabischer Unterzeichner das Abkommen aufgekündigt, doch eine Rückkehr zur Tagesordnung der sogenannten „Normalisierung“ scheint in Anbetracht der israelischen Kriegsführung im Gazastreifen vorerst ausgeschlossen.

Zudem sieht sich auch das saudisch-iranische Verhältnis einem neuen Stresstest ausgesetzt. Denn der jüngste Waffengang zwischen Iran und Israel im April, das Resultat des Aufgebens der bisherigen iranischen Zurückhaltung, erschwert eine bilaterale Annäherung²⁵, auch da sie den Saudis die iranischen Fähigkeiten – und somit ihre relative Unterlegenheit vor Augen geführt hat. Vor allem aber rückt es die nukleare Frage erneut in den Vordergrund. Falls der Iran sich nämlich unter den jetzigen Bedingungen für eine nukleare Aufrüstung entscheiden sollte, würde Saudi-Arabien, das bislang keinerlei Bereitschaft gezeigt hat dem emiratischen Modell folgen zu wollen und in Verhandlungen mit den USA vielmehr auf das Beherrschen des gesamten nuklearen Zyklus insistiert hat, diesen Weg noch rigoros verfolgen.

...der israelische Waffengang in Gaza (stößt) auf breite Ablehnung im „Globalen Süden“.

Als Folge der Zunahme der Spannungen zwischen Israel und Iran, haben auch die Scharmützel an der israelischen Nordgrenze zugenommen. Seit Oktober letzten Jahres ist es regelmäßig zu bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen. Der Konflikt mit der Hezbollah hat die Grenze wieder in eine heiße verwandelt und birgt enormes Eskalationspotential.²⁶ Dementsprechend sind die Bemühungen durch Amos Hochstein (Energiesicher-

heitsberater unter Präsident Biden), die libanesisch-israelische Landgrenze ebenfalls zu demarkieren, derzeit auf Eis gelegt. Zudem binden die ständigen Angriffe der Hezbollah israelische Streitkräfte im Norden, die somit weder zur Kriegsführung im Gazastreifen noch zur Besetzung im Westjordanland beitragen können.

Ein weiteres Opfer des Gazakrieges sind die Beziehungen zwischen Ägypten und Israel, die seit 1979 über ein Friedensabkommen verfügen, das aber prinzipiell auf der politischen Ebene verblieb und sich nicht durch die Etablierung gesellschaftlicher Beziehungen vertieft. Infolge des 7. Oktober kam es zu gegenseitigen Vorwürfen, die sich einerseits auf den Vorwurf des ägyptisch tolerierten Waffenschmuggels nach Gaza bezogen, andererseits die ägyptische Sorge – und Ablehnung – eines Transfers palästinensischer Flüchtlinge aus Gaza zum Ausdruck brachte.²⁷ Auch scheint Ägypten über die mangelhaften Fortschritte bei den Verhandlungen zur

Geiselfreilassung und zum Waffenstillstand mittlerweile dermaßen frustriert zu sein, dass die Möglichkeit sich dem südafrikanischen Weg einer Anklage wegen Völkermordes in Gaza beim internationalen Gerichtshof (IGH) anzuschließen im Raum steht.

Nicht zuletzt auf der globalen Ebene stößt der israelische Waffengang in Gaza sowie das sogenannte israelische „Kolonialprojekt“ auf Kosten der Rechte der

Palästinenser, auf breite Ablehnung im „Globalen Süden“. Dies führt zu einem erheblichen Knirschen im Gefüge der Nord-Süd Beziehungen, wie die Genozid-Anklage Südafrikas vor dem IGH in Den Haag illustriert hat.²⁸ Auch weiß Russland diese Spannungen für sich zu nutzen, um seinen antiwestlichen Diskurs zu befeuern und sein revisionistisches Narrativ zu rechtfertigen. Zudem hat Russland versucht, sich als Vermittler einzuschalten, indem es im Februar eine Plattform in Moskau anbot, in der in mehreren Verhandlungsrunden die Eingliederung militanter Gruppen à la Islamischer Dschihad und Hamas in die PLO und somit deren Unterordnung unter die Palästinensische Autonomiebehörde verhandelt werden sollte.²⁹

Die Lage nach dem 14. April: Hauptrisiken und Deeskalationspotential

In Anbetracht der mannigfaltigen regionalen Verwerfungen und der zahlreichen Ungewissheiten, die der Gaza-Krieg und der Angriff des 7. Oktober auf Israel ausgelöst haben, erscheint es offensichtlich notwendig zu sein, die daraus resultierenden geopolitischen Risiken nicht nur ad hoc zu verwalten, sondern ernsthaft zu versuchen, die zugrundeliegenden Konflikte zu lösen. Denn diese bloß einem permanenten, der Sicherheit Israels und der Unversehrtheit der Palästinenser sowie der regionalen Stabilität auf Dauer nicht förderlichen Krisenmanagements zu unterziehen, erweist sich als viel zu kurzfristig.

Wie die sich entfaltende Dynamik seit dem 7. Oktober klargemacht hat, ist selbst die militärische Übermacht Israels weder tauglich, eine umfassende Abschreckung zu garantieren, noch kann sie tatsächlich die Sicherheit der Bewohner Israels gewährleisten. Außerdem sind die menschlichen Kosten auf palästinensischer Seite aufgrund der rücksichtslosen Kriegsführung Israels im eng bebauten, urbanen Gebiet Gazas nicht ansatzweise mit dem humanitären Völkerrecht in Einklang zu bringen.³⁰ Insbesondere im Zusammenspiel mit nicht-staatlichen Akteuren läuft die konventionelle Logik der Abschreckung ins Leere, umso mehr als es sich bei den militärischen Gegnern Israels um radikalislamische Gruppierungen handelt, die auch keine Rücksicht auf Verluste in der eigenen Zivilbevölkerung nehmen und, wie im Falle der libanesischen Hezbollah, nicht nur parastaatlicher Akteur, sondern auch Teil der iranischen Vorhut sind.

Vor diesem Hintergrund und den damit verbundenen Eskalationsrisiken drängen sich drei Betätigungsfelder zur Deeskalation in den Vordergrund. Dabei sollte die Rückbesinnung auf Diplomatie, Verhandlungen und Völkerrecht im Fokus der Bemühungen stehen, zumal auch externe Akteure eine zentrale Rolle bei der Konfliktbeilegung spielen können und mittels Sicherheitsgarantien oder durch die Bereitstellung eines Verhandlungsortes dazu beitragen können.

An erster Stelle steht dabei die Beendigung der Kampfhandlungen im Gazastreifen und die bedingungslose Freilassung aller noch im Gewahrsam militanter palästinensischer Gruppen befindlicher israelischer Geiseln. In weiterer Folge muss ein Waffenstillstand im Gazastreifen nahtlos in ernsthafte Verhandlungen zur Lösung der palästinensischen Frage übergehen. Dies muss ein umfassender Prozess sein, der neben der Frage des Wiederaufbaus in Gaza sowohl eine politische, als auch eine ökonomische Dimension umfasst.³¹ Hier sind insbesondere die USA gefragt, die als Schutzmacht Israels über den größten Einfluss verfügen. Allerdings wird dies weder während des US-Wahlkampfes, noch unter der aktuellen rechtsextremen israelischen Regierung möglich sein. Doch ohne eine kurzfristige Wiederaufbau-Perspektive in Gaza und einen mittelfristigen politischen und ökonomischen Horizont für die Palästinenser und deren protostaatliche Autonomiebehörde, wird es weiterhin keinen Frieden geben können.

Die Abschreckungs- und Einhegungslogik liefert offensichtlich auch keine Sicherheit für Israel, denn die Befolgung der divide et impera-Logik hat eben auch ihre Schattenseiten. Dies stellt auch eine Gelegenheit für Saudi-Arabien dar, das im Gegenzug für eine sogenannte Normalisierung mit Israel strikt auf der Klärung der palästinensischen Frage beharren sollte. Auch die EU kann hier eine praktische Rolle durch die Wiedereinsetzung der EU Border Assistance Mission (EU-

BAM) Rafah and der Grenze zwischen Gaza und Ägypten spielen, um als neutrale, externe Drittpartei die strategisch wichtige Grenze vorübergehend zu kontrollieren. Denn in Ermangelung einer politischen Lösung wird der militante Sonderweg von Hamas und Konsorten auf absehbare eine attraktive Alternative zur zunehmend dysfunktionalen PA darstellen.³² Daher muss auf palästinensischer Ebene ein handfester Reformprozess der Autonomiebehörde erfolgen, der diese wieder in einen legitimen politischen Akteur verwandelt. Gleichzeitig kann dies aber auch nur dann funktionieren, wenn die PA ihren Wählern eine realistische Friedensdividende in Aussicht stellen kann. Mit der derzeitigen Regierung unter Netanjahu erscheint dies jedoch weder plausibel, noch erscheint das praktische Handeln der USA vielversprechend.

An zweiter Stelle steht die Beendigung der Kampfhandlungen zwischen Hezbollah und Israel sowie deren Umwandlung in einen produktiven Prozess zur Deeskalation. Denn neben der derzeit anlaufenden Eskalation im südlichen Gazastreifen birgt das Grenzgebiet zwischen dem Libanon und Israel bis auf weiteres das höchste Risiko. Zudem wären im Falle von Kampfhandlungen zwischen der Hezbollah und den israelischen Streitkräften nicht nur ein nicht-staatlicher militanter Akteur involviert, sondern auch der souveräne Staat Libanon selbst betroffen.³³ Um ein solches Desaster zu vermeiden, gilt es erstens die Lektionen aus vormaligen Zusammenstößen zwischen Israels Armee und

der Hezbollah, insbesondere aus dem 33-tägigen Krieg im Jahr 2006, zu ziehen.³⁴ Zweitens bieten die erfolgreichen diplomatischen Verhandlungen des US-Gesandten Amos Hochstein einen hervorragenden Startpunkt, um nun auch den Verlauf der Landesgrenze zu verhandeln.

Schließlich liegt die Vermutung nahe, dass die Hezbollah ihr Posturing einstellt, sobald die Kampfhandlungen in Gaza beendet sind. Eine zentrale Frage bleibt daher auch, ob Netanjahu nach dem allfälligen Ende des Krieges in Gaza bereit sein wird, seine eigene politische Laufbahn hintanzustellen und sich der israelischen Justiz zu stellen, oder ob er es bevorzugt, den Ausnahmezustand durch einen neuen Waffengang im Norden zu verlängern und somit einer gewissen Anklage weiterhin aus dem Weg zu gehen. Jedenfalls sollte die Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Grenzziehung eine klare Priorität darstellen, die von allen beteiligten Akteuren, auch den regionalen und internationalen (USA, Frankreich, Saudi-Arabien) gefördert werden sollte.

Drittens muss zur Klärung der Nuklearfrage in der Region wieder der diplomatische Verhandlungsweg eingeschlagen werden, um unkontrollierte nukleare Proliferation zu unterbinden. Ansonsten droht eine Eskalationsspirale in Gang gesetzt zu werden, die entweder über kurz oder lang zu einem verheerenden Krieg zwischen Iran und Israel führt³⁵, der auch die Golfstaaten keinesfalls verschonen würde,

oder zumindest kurzfristig in einem chaotischen Wettrennen um militärische nukleare Kapazitäten münden würde. Während einer zweiten hypothetischen Amtszeit Joe Bidens könnte eine solche Verhandlung wieder an Elan gewinnen. Prioritär sollte dabei die Wiederbelebung des durch Präsident Trump 2018 aufgekündigten JCPOA stehen, das einen Meilenstein zur Abwendung nuklearer Proliferation dargestellt hat.

Die militärische Eskalation zwischen Iran und Israel im April hat nämlich gezeigt, dass der Schattenkrieg zwischen den beiden Staaten vorübergehend ausgesetzt wurde. Aus diesen Ereignissen lassen sich zwei Lektionen ableiten. Zum einen wurde ersichtlich, dass Israel auf regionale und internationale Partner zur Raketenabwehr angewiesen war. Dies eröffnet externen Akteuren auch einen gewissen Handlungsspielraum gegenüber Israel. Zum anderen stellt sich für Iran nun die Frage, ob die nukleare Variante zur Regimeabsicherung im Endeffekt nicht doch wünschenswert erscheint. Umso dringlicher sind daher Verhandlungen, um den break-out des Iran zu unterbinden.³⁶

Conclusio

Der Angriff vom 7. Oktober auf israelisches Territorium hat nicht nur eine Spirale der Gewalt in Bewegung gesetzt, sondern der vormaligen Tendenz zur diplomatischen Beilegung von Konflikten, die sich seit 2020 quer durch den Nahen und Mittleren Osten bemerkbar gemacht hat,

vielmehr einen Riegel vorgeschoben. Insbesondere die Verhandlungen zur Annäherung zwischen Saudi-Arabien und Israel können von nun an nicht mehr unter denselben Prämissen fortgeführt werden, da die palästinensische Frage mit einem Paukenschlag auf die politische Bühne zurückgekehrt ist.

Auch wenn seit Ausbruch des Gaza-Krieges eine US shuttle-diplomacy eingesetzt hat, um eine unkontrollierte regionale Konflikteskalation zu vermeiden und auch Verhandlungen zu einem Waffenstillstand und zur Geiselbefreiung geführt werden, sprechen doch vor allem die Waffen. Insbesondere im Gazastreifen, wo der Krieg schon seit weit über 200 Tagen anhält und ein Ende nicht absehbar scheint, wie der neuerliche Vorstoß Tsahals auf Rafah belegt. Auch die Spannungen an der libanesisch-israelischen Grenze zeigen auf, dass bewaffnete nicht-staatliche Akteure eine Bedrohung für die regionale Stabilität

darstellen. Außerdem hat der erste direkte militärische Schlagabtausch zwischen Iran und Israel Mitte April klar vor Augen geführt, welche Risiken hier schlummern. Daher sind alle betroffenen Akteure dazu aufgerufen, einer kooperativen Sicherheitslogik den Vorzug gegenüber militärischen Lösungen für politische Probleme einzuräumen, um ein weiteres Abgleiten in unkontrollierbare Szenarien zu unterbinden.

Nicht zuletzt für Europa ergibt sich infolge der Kampfhandlungen im Gazastreifen ein erhöhtes Gefahrenpotential in Form jihadistisch-islamistischer Radikalisierung. Es liegt somit im ureigenen Interesse Europas, der EU und ihrer Mitgliedsstaaten, auf diplomatischen Weg zur Beilegung des Nahostkonfliktes beizutragen und die den Palästinensern schon viel zu lange vorenthaltene Option auf souveräne Staatlichkeit zu unterstützen, wie es jüngst die Länder Norwe-

gen, Belgien und Irland in logischer Konsequenz in Hinblick auf eine Zweistaatenlösung getan haben. Denn die Umsetzung der Zweistaatenlösung bleibt die ultimative strategy of denial gegenüber militanten Akteuren auf beiden Seiten des Konfliktes.

About the Author

Wolfgang Mühlberger führt als selbstständiger Berater Projekte in der MENA-Region an der Schnittstelle zwischen Fragilität, Sicherheit und Peacebuilding durch. Er ist ausgebildeter Arabist, Islam- und Wirtschaftswissenschaftler. Unter seinen 55 Fachpublikationen befinden sich etliche zu militanten (Hamas, Hezbollah, Islamischer Staat) und islamistischen (En-Nahdha) Bewegungen im Nahen Osten, sowie zu den zahlreichen inner- und zwischenstaatlichen Konflikten der Region. Unter anderem war er Gastforscher am INSS (Institute of National Security Studies) in Tel Aviv und als Nahostexperte für das BMEIA auf Posten in Ramallah tätig. Seit 2020 ist er Senior Advisor MENA bei der Martti Ahtisaari Peace Foundation/CMI in Helsinki.

¹ Zum Trauma beider Streitparteien: Daniel Bar-Tal, et al, *A sense of self-perceived victimhood in intractable conflicts*, International Review of the Red Cross, 91 (874), June 2009. Zum Angriff: Mounir Rabih, *How Hamas, Hezbollah and Iran carefully planned an unprecedented offensive in Israel*, L'Orient-Le Jour, 9 Octobre 2023

² Fatiha Dazi-Heni, *La guerre à Gaza et le retour de la question palestinienne*, IRSEM, Note de Recherche no142, Mars 2024

³ Interview mit Fabrizio Carboni, dem Leiter Nahost des IKRK in Le Monde. Siehe Hélène Sallon, *Gaza: "on ne peut pas nourrir deux millions de personnes avec des largages"*, Le Monde, 5 mars 2024

⁴ Hussein Ibish, *The Siren Call of an Israeli Invasion of Lebanon*, The Atlantic, 27 April 2024

⁵ Zur Lage im Roten Meer siehe: Louise Lüdke, *Robust im Roten Meer? Die neue maritime Mission der EU*, ZIF Kompakt, Zentrum für Internationale Friedenssätze, 19. Februar 2024. Zur Entwicklung des Schattenkrieges: Maha Yahya, *The Israeli-Iranian Shadow War is Over*, Diwan, Carnegie Middle East, 15 April 2024.

⁶ Das Verhältnis zwischen Qatar und Ägypten in Bezug auf den Gazastreifen, die Hamas und ihre jeweiligen Vermittlerrollen ist auch von Konkurrenz geprägt. Während Qatar enge diplomatische Beziehungen zu Iran pflegt und außerdem das seit 2007 im Exil befindliche Politbüro der Hamas, seit 2017 um

Ismail Haniyeh, beherbergt, ist Ägypten aufgrund seiner geographischen Nähe zum Gazastreifen, seiner vormaligen direkten Verwaltung desselben (1948-1967) sowie dessen politischer Ablehnung der Hamas ein relevanter Player.

⁷ Siehe dazu die Kommentare von Vali Nasr im Webinar "The Middle East Reset Amid the War on Gaza" des Middle East Council on Global Affairs <https://www.youtube.com/@mecouncil2912/streams>

⁸ Raffaella del Sarto, *A Region in Transition: the Fluid Nature of Middle East Politics*, in: G. Dalay/T. Yousef, *The Middle East's Fragile Reset: Actors, Battlegrounds, and (Dis)Order*, Middle East

Council on Global Affairs, November 2023.

⁹ Die letzten Versöhnungsversuche zwischen PA und Hamas liegen bereits sechs Jahre zurück. Siehe: Wolfgang Mühlberger/Olli Ruohomäki, *Gaza Reconciliation: Burying the Hatchet or Changing Stripes?*, FIIA Comment 24/2027, November 2017. 2021 gab es außerdem eine innerpalästinensische Einigung über die Abhaltung von Wahlen, die jedoch von den Vereinigten Staaten und Israel torpediert wurde. Siehe: Menachem Klein, *Hamas's Narrative of 7 October and the Impossibility of Ignoring It*, IAI Commentaries 24, Istituto Affari Internazionali, 5 February 2024.

¹⁰ Michael Barnett, et al, *Israel's One-State Reality – It's time to give up on the two-state solution*, Foreign Affairs, 14. April 2023

¹¹ Michael Young, *The Forever Allon Plan*, Diwan, Carnegie Middle East Center, 8 January 2024

¹² Adrien Sémon, *The Lebanese Gas: Exploration and Exploitation*, Lebanese Citizen Foundation/Konrad Adenauer Stiftung, August 2022

¹³ Unterzeichner sind die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Marokko und der Sudan.

¹⁴ Dalia Dassa Kaye/Sanam Vakil, *Only the Middle East Can Fix the Middle East: The Path to a Post-American Order*, Foreign Affairs, 1. February 2024

¹⁵ Muriel Asseburg, *State of Palestine: No Sustainable Development in a Divided Polity under Occupation*, in: Marianne Beisheim (Hg.), *Country-level Politics around the SDGs*, Research Paper 07, Stiftung Wissenschaft und Politik, July 2023

¹⁶ Joseph Bahout, *Sous les décombres de Gaza: un Moyen-Orient en recomposition?*, Esprit, Décembre 2023

¹⁷ Gilbert Achkar, *Israeli far right's plans for expulsion and expansion*, Le Monde Diplomatique, December 2023

¹⁸ Oliver Passot, *Une barrière trop intelligente? Comment le Hamas s'est joué d'un système de protection très élaboré*, Brève stratégique 67, IRSEM, 8 novembre 2023

¹⁹ In der frühen Phase des Konfliktes konnte ein Waffenstillstandsabkommen erfolgreich verhandelt werden, das die Freilassung einer begrenzten Anzahl von Geiseln ermöglichte.

²⁰ Jean-Loup Saaman, *Après Gaza: repenser la sécurité d'Israël*, Institut Montaigne, 5 Mars 2024

²¹ Oren Barak, *The Case for Averting War between Israel and Hizballah*, Commentary, War on the Rocks, 2 May 2024

²² Jean-Loup Saaman, op.cit. (FN 20)

²³ Allerdings wurde die Frage palästinensischer Staatlichkeit und Souveränität erst kürzlich wieder bei einer Abstimmung in den Vereinten Nationen verhandelt und gleich drei europäische Staaten haben sie anerkannt.

²⁴ Fatiha Dazi-Heni, op. cit. (FN 2)

²⁵ Fatima Alsmadi, *Opportunities and challenges along the path of Saudi-Iran relations*, Middle East Council on Global Affairs, 19 April 2024

²⁶ Maha Yahya, *Israel's Next Front? Iran, Hezbollah, and the Coming War in Lebanon*, Foreign Affairs, 24 April 2024

²⁷ Stephan Roll, *Eiszeit für den „Kalten Frieden“ zwischen Ägypten und Israel*, SWP-Aktuell Nr.13, SWP, März 2024

²⁸ Die Anklage führte zwar nicht zu einer entsprechenden Verurteilung Israels, doch rief der IGH Israel dazu auf, das Völkerrecht einzuhalten und humanitäre Hilfe zuzulassen. Siehe auch: Agnès Callamard, *Gaza and the End of the Rules-Based Order*, Foreign Affairs, 15 February 2024

²⁹ Reinhard Schulze, *Moskaus Rückkehr in den Nahen Osten*, Journal21, <https://www.journal21.ch/artikel/moskaus-schritte-den-nahen-osten>.

³⁰ Auf die systematische Anwendung von KI zur Zielerfassung im Gazastreifen (Stichwort „Lavender“) und die damit verbundene Debatte geht diese Analyse aus Platzgründen nicht näher ein. Dennoch sei erwähnt, dass je nach Programmierung, 15 bis zu einhundert getöteten Zivilisten also sog. „collateral damage“ in Kauf genommen werden.

³¹ Muriel Asseburg, *Shaping the Future of Gaza: How Europe Could Contribute to Sustainable Stabilisation*, SWP Comment No4, Stiftung Wissenschaft und Politik, February 2024

³² Loveday Morris et al., *As Hamas returns to the north, Israel's Gaza endgame is nowhere in sight*, Washington Post, 15 May 2024

³³ Hussein Ibish, op.cit. (FN 4)

³⁴ Der ausgewiesene israelische Hezbollah-Kenner Oren Barak vertritt den Standpunkt, dass die beste ‚strategy of denial‘ gegenüber der Hezbollah nicht militärischer, sondern verhandlungstechnischer Art ist, op.cit. (FN 21).

³⁵ International Crisis Group, *The Israel-Iran Crisis: A Chance to Step Back from the Brink*, Statement, 17 April 2024

³⁶ Ali Alfoneh, *Iran's Lessons Learned from Direct Confrontation with Israel*, AGSIW, 26 April 2024.

© Austria Institut für Europa und Sicherheitspolitik, 2024

All rights reserved. Reprinting or similar or comparable use of publications of the Austria Institute for European and Security Policy (AIES) are only permitted with prior permission. The articles published in the AIES Focus series exclusively reflect the opinions of the respective authors.

Dr. Langweg 3, 2410 Hainburg/Donau

Tel. +43 (1) 3583080

office@aies.at | www.aies.at

Layout Design: Julia Drössler